

Banken- und Verschuldungskrise im Juni 2010

„Erst die Krise deckte auf, was das innovativste und lukrativste Bankgeschäft der letzten 20 bis 25 Jahre in Wahrheit gewesen war: der am besten organisierte Finanzschwindel aller Zeiten!“

(Prof. Dr. Wilhelm Hankel, 12.04.2010)

Sollte doch die Finanzkrise 2007 nach Einschätzung von US-Notenbankchef und Universitätsprofessor Ben Bernanke „*lokal begrenzt*“ sein und nur zwischen „50-100 Mrd. USD“ an Kollateralschäden verursachen, ging es nur einige Monate später in den USA und in Europa um die „Sicherheit der Spareinlagen“, um „systemrelevante“ Banken und um die für sie aufzuspannenden „Rettungsschirme“.

Unter Aufbietung einer über sieben Jahrzehnte nicht mehr gesehenen Propagandamaschinerie „verkaufte“ die Politik der – bis heute in großen Teilen noch immer ahnungslosen – Bevölkerung die Überreichung ihrer noch zu erarbeitenden Steuergelder in Billionenhöhe an bankrotte aber „systemrelevante“ Zockerbanker als ... „alternativlos,“ nur, um den „*am besten organisierten Finanzschwindel aller Zeiten*“ nicht auffliegen zu lassen.

Ein zum „Schutz der Spareinlagen“ gesetzlich legalisierter Bilanzbetrug (!) und nahezu kostenloses Notenbank-Spielgeld versetzten den Finanzsektor in die Lage, am eigenen Bailout Milliarden zu verdienen und – wie zum Hohn – erneut Rekordboni auszuschiütten! Vereinnahmte der US-Finanzsektor im Jahr 2006 bei einem BIP-Beitrag von 3-4% gut ein Drittel (!) der Unternehmensgewinne, so sind es nach einem „Zwischentief“ im vierten Quartal 2008 (15,41%) nur ein Jahr später wieder leistungsgerechte 35,69%! Die virtuelle „Wertschöpfung“ ersetzt, wie schon vor der Krise, wieder die reale – Willkommen in der modernsten Welt der Finanzdienstleistungen: der Privatisierung von Steuergeldern!

Eine über Jahrzehnte von den Politikern und Notenbankern bis zur Unkenntlichkeit bürokratisierte und manipulierte marktwirtschaftliche Ordnung gipfelt nun in einer der niederträchtigsten Ausprägungen des Sozialismus, in dem Bankengewinne privatisiert und deren Verluste sozialisiert werden. Doch „*das Problem mit dem Sozialismus ist*“, wie Margaret Thatcher es einmal ausdrückte, „*dass einem irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht*“ – so wie jetzt!

„Es gibt das Gerücht, dass Staaten nicht Pleite gehen können ... dieses Gerücht stimmt nicht.“ (Angela Merkel, im Januar 2009)

Seit im Oktober 2009 bekannt wurde, dass die Griechen (2,65% Anteil am europäischen BIP) zur Fälschung ihrer Haushaltsstatistiken auch noch auf den professionellen Beistand von Goldman Sachs vertrauten, herrscht Unruhe im zuvor beschaulichen Euro-Paradies. Die anfängliche Verweigerungshaltung unserer Bundeskanzlerin – „Madame Non“ – Angela Merkel, Griechenland den Status der Systemrelevanz zuzubilligen, änderte sich erst, als **Frankreich** offen mit seinem Austritt aus der Währungsunion drohte.

„*Die Politik ist nur so weit erpressbar, wie sie sich erpressen lässt*“ konnten wir jüngst vom Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker vernehmen und

folgerichtig zückte – wie schon bei der Rettung der HRE **zuvor** – Bundeskanzlerin „Madame Oui“ Angela Merkel, verfassungswidrig (!?) aber mit Gottes Hilfe ... des deutschen Steuerzahlers (Blanko-)Scheckbuch mit der Aufschrift: alternativlos!

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen [...] werde. So wahr mir Gott helfe.“ – und 22,34 Mrd. noch einzusparende deutsche Euros verabschieden sich ... *„wegen der Sicherheit unseres Geldes“* ... auf Nimmerwiedersehen nach Griechenland.

Denn die verbreitete Eurokraten-Mär, dass sich Griechenland aus der Krise heraus sparen und seinen Schuldenberg von 273,49 Mrd. Euro (115,1% des BIP) jemals abbezahlen könnte, indem die Griechen z.B. einfach ein paar Oliven mehr ausquetschten, glauben außer der Politik und dem IWF (der Griechenland nach erfolgreicher Rosskur im Jahr 2014 mit einem 3%-Defizit und einer dann auf ~140% angestiegenen Staatsverschuldung als finanziell gesund erklären will) weder Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann ... noch die Märkte.

Die einzig realistische Chance Griechenlands aus der Schuldenkrise herauszukommen wäre, neben einschneidenden Sparmaßnahmen, eine mit dem freiwilligen Austritt aus dem Euro-Club verbundene Wiedereinführung einer eigenen (abwertbaren) Landeswährung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit inklusive eines Schulden-„Hair-Cut“! Doch diese „wirkliche“ Rettung ist in der EU ... no option! Denn das hieße nicht nur, sich die Konstruktionsfehler des Euros einzugestehen, sondern vor allem auch am Wohlbefinden der an das risikolose Kreditgeschäft gewöhnten Banken zu kratzen. Bevor sich französische oder deutsche Banken als größte Gläubiger Griechenlands von ihren Forderungen (75,7 Mrd. USD bzw. 43,2 Mrd. USD, Quelle: BIZ, 09/2009) ganz oder teilweise verabschieden müssen, ist es für Sarkozy, Merkel oder Trichet alternativlos, die Verträge von Maastricht einfach mal so zu brechen!

Mit Worten, die *„einen Moment des Innehaltens verdienten“*, **betonte** der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl am 23.04.1998 noch vor Einführung des Euros, dass es *„nach der vertraglichen Regelung keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten [§125] und keine zusätzlichen Finanztransfers [§123] gibt.“* War aus Sicht Helmut Kohls seinerzeit die „Non-Bail-out“-Klausel eine Voraussetzung für die Stabilität der Einheitswährung, so ist die Stabilität des Euro heute nach der Überzeugung unserer Kanzlerin davon abhängig, ... dass es den Schulden-Bail-out gibt!?

„Es handelt sich um eine der gravierendsten Fehlentscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. [...] Jetzt bekommen wir eine Vollkasko-Versicherung ohne Selbstbehalt.“ (Prof. Hans-Werner Sinn, 20.05.2010)

Seit der Nacht vom 09. auf den 10. Mai 2010 ist nichts mehr so, wie es war. Vorbei sind plötzlich 65 Jahre Frieden, denn nun ist Europa, speziell die Eurozone, im Krieg! Der Gegner: angeblich eine bis an die Zähne mit Kreditausfallversicherungen namens CDS „bewaffnete“ Spekulantenmeute.

Gott sein Dank haben wir aber in Europa wachsame Politikgrößen wie Jean-Claude Juncker, der *„eine weltweit organisierte Attacke gegen den Euro“* gerade noch rechtzeitig vor dem Wochenende des 10. Mai bemerkte. Im Stile Bonapartes bewies

dann auch ein „Kleiner“ ... Größe. *„Wir haben uns für eine absolute Generalmobilmachung entschieden!“* verkündete Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy an die Adresse der Angreifer gerichtet. Portugals EU-Kommissionschef José Manuel Barroso setzte auf Abschreckung und nannte schon mal den „Preis des totalen Krieges“: *„Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag.“*

Den verlorenen Griechenland-Rettungs-Bluff (*„Wir haben die Folterwerkzeuge im Keller.“* Jean-Claude Trichet) noch vor Augen, entschieden die europäischen Pokerspieler sich dieses Mal dafür, den Banken ein **750 Mrd. Euro** schweres „all-in“-Rettungspaket als *„Ultima Ratio“* (Angela Merkel) anzubieten. Routiniert, weil erneut „alternativlos“, **nickten** Deutschlands Parlamentarier binnen zweier Wochen ein weiteres **Ermächtigungsgesetz** ... unter freiwilliger (!) Aufgabe ihres Haushaltskontrollrechtes ... im Eilverfahren ab. Wohl unbewusst bewertete SPD-Generalsekretär Hubertus Heil in einem >Focus<-Interview (20.05.2010) die Konsequenzen: *„Wenn die Parlamentarier dauerhaft das Gefühl haben, sie verstehen gar nicht mehr, was sie beschließen, wird es gefährlich.“*

Da sich Europas Banken und Versicherungen bis „zur Halskrause“ mit Staatsanleihen der PIGSI-Five vollgesogen haben – allein die deutschen Banken hielten im Februar 2010 nach Angaben der Bundesbank 515,9 Milliarden Euro dieser „Publikumsliebhaber“ – können wir davon ausgehen, dass die Aufstockung des Rettungsschirms auf mehrere Billionen Euro demnächst auf der Agenda stehen wird, falls die Euro-Rettung inklusive beschlossener Haftungs- und Transfergemeinschaft nicht doch noch durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt wird!

Lügen haben ... französische Beine

Auch EZB-Chef Jean-Claude Trichet verstand in den letzten Monaten die Welt nicht mehr. Obwohl Griechenland mithilfe anderer europäischer Pleitekandidaten soeben zumindest auf dem Papier gerettet worden war, wollte sich der geplante Einheitszins auf deutschem Niveau partout nicht einstellen. Als *„fundamental abartig“* bezeichnete er diesen Zustand, denn schließlich hätte doch die ... politisch korrekte Vertagung der Griechenland-Pleite in Richtung 2014, die *„Märkte beruhigen müssen.“*

Über Nacht **änderte** die EZB, die nur Tage zuvor *„die Option eines Kaufs von Staatsanleihen nicht diskutiert“* haben wollte dann ihre Meinung und beging am Wochenende vor dem 10. Mai einen geschichtsträchtigen Tabu-Bruch. *„Um die Markttiefe und -liquidität in Marktsegmenten, die Störungen aufweisen und den geldpolitischen Transmissionsmechanismus beeinträchtigen sicherzustellen,“* stieg die EZB – perfekt verklausuliert – gegen den **Widerstand** von Bundesbank-Chef Axel Weber mit Mehrheitsbeschluss in die direkte Staatsfinanzierung ein und gab damit das wichtigste Gut einer Notenbank auf: ihre Unabhängigkeit!

Prompt flossen „gestörte“ Anleihen im Wert von bislang 40,4 Mrd. Euro in die EZB, darunter – ganz zur **Verwunderung** der Bundesbank – auch griechische Ramschanleihen in einer Größenordnung von etwa 25 Mrd. Euro, die vornehmlich ... französische Banken „abluden.“ Vive la France!

Obwohl, wie es Professor Hans-Werner Sinn formulierte, *„in der Krise nicht der Euro gefährdet war, sondern die Fähigkeit der europäischen Schuldensünder, sich*

weiterhin so günstig zu finanzieren wie Deutschland“, werden der Lüge täglich neue Wahrheiten eingehaucht. Unter Aufbietung eines gefährlichen, propagandistischen Lügengebäudes, das natürlich nur vom Versagen und den Trickserien der Verschuldungspolitiker ablenken soll, muss die Bevölkerung jetzt sogar an die Verschwörung von namenlosen Spekulanten gegen einzelne Euro-Pleite-Staaten glauben. Hoffentlich kommt niemand auf die Idee zu hinterfragen, welcher Glaubensrichtung diese Sündenböcke angehören könnten.

Durfte im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ der Kindermund noch von „nackten“ Tatsachen berichten, sollen nun die „Spekulanten“ ihrer „Sprache“ beraubt werden. Ausgerechnet Deutschland beschloss im Alleingang ein Leerverkaufsverbot für europäische Staatsanleihen, denn schließlich sind ... nur steigende Kurse auch gute Kurse! „Thank you Krauts“ titelte sogleich der britische ›Daily Telegraph‹, freudig erregt über den unverhofften Kundenzuwachs für den Finanzplatz London.

Tatsächlich ist neben der unhaltbaren Verschuldungslage auch die gesetzlich verordnete Verwendung von Ratings für Banken die wahre Ursache für die Turbulenzen an den europäischen Anleihemärkten. So löste die Herabstufung der Bonitätseinschätzung Griechenlands durch die Ratingagenturen (Fitch: „BBB+“, S&P: „BB+“, Moody´s: noch „A3“) quasi über Nacht einen regulatorisch bedingten Eigenkapitalmehrbedarf der Banken und Versicherer aus, so dass die Notverkäufe der klammen „Bank-Spekulanten“ am Morgen danach die Zinssätze in jene Höhen schießen ließen, die ein bankrotttes Argentinien oder Russland seinerzeit – politisch akzeptiert – bieten mussten.

Claims on sovereigns and their central banks will be risk weighted as follows:

Credit Assessment	AAA to AA-	A+ to A-	BBB+ to BBB-	BB+ to B-	Below B-	Unrated
Risk Weight	0%	20%	50%	100%	150%	100%

Quelle: BIZ: "International Convergence of Capital Measurement and Capital Standards" Update November 2005

Die regulatorische Manipulation der Märkte zeigt sich auch in der Tatsache, dass die Finanzaufsicht BaFin die Anlagegrenzen für die Versicherer zeitgemäß in Bezug auf Ramsch-Staatsanleihen „flexibilisierte“. „Bis auf Weiteres“ gehören Notverkäufe „zur Reduktion der über 5% hinausgehenden Hochzins-Quote“ ... der Vergangenheit an. Statt einer Verlustbegrenzung im Sinne der auf ihre Altersvorsorge hoffenden Versicherten darf der griechische Ramsch so weiter in den Büchern der ... Kapitallebensversicherungs-Spekulanten – bleiben, behördlich ermöglicht!

„Jede Kriegsführung basiert auf Täuschung“ (Sunzi, chinesischer General, Militärstrategie und Philosoph, um 500 v. Chr., aus: „Die Kunst des Krieges“)

Gut 6 Jahre benötigten die Ratingagenturen, um das bereits 2004 von ihnen **bemerkte** Schulden-versteckt-euch-Spielchen der Europäer zu „bestrafen“. Dass die Herabstufungen der Kreditwürdigkeit Griechenlands, Portugals oder Spaniens gerade jetzt ausgesprochen werden, ist dabei natürlich ... reiner Zufall!?

Oder könnte es sein, dass es sich nicht um die von Herrn Juncker beschriebene anonyme „weltweit organisierte Attacke gegen den Euro“ handelt, sondern um einen – nicht erklärten – Finanzkrieg der USA gegen Europa?

Schließlich verfolgen die Investoren von einst und „Spekulanten“ von heute mit großer Spannung die Bemühungen der Politik, ihnen weltweit die Emissionen weiterer Staatsanleihen über ~4 Billionen USD (Planung 2010) per „[Sag Ja zu „AAA“-](#)Werbekampagne „schmackhaft“ zu machen, wo doch selbst Deutschlands Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, also einer, der den finanziellen Zustand Deutschlands am besten beurteilen können sollte, öffentlich erklärt, „[er würde keine deutschen Regierungsanleihen mehr kaufen!](#)“

Aber gerade zu dem Zeitpunkt, als sich der Fokus der zunehmend um ihr Geld fürchtenden „Spekulanten“ mit Zinseszins- und „quantitative easing“-Grundkenntnissen auf das Epizentrum der Krise – die USA – zu richten begann, und der US-Dollar entsprechend unter Abwertungsdruck geriet, „entdeckten“ die Ratingagenturen just in diesem Moment große Altlasten ... in Europa.

Glücklich ist eben derjenige, der, wie es BaFin-Chef Jochen Sanio schon **2003** formulierte, „*die größte unkontrollierte Machtstruktur im Weltfinanzsystem*“ – Ratingagenturen – sein Eigen nennen kann und dem es so jederzeit vergönnt ist, „Kriegsschauplätze“ außerhalb seines Territoriums ... nach Belieben zu eröffnen und dabei gleichzeitig auch noch den globalen „Problemlöser“, den Internationalen Währungsfonds (IWF), kontrolliert.

Schon nach ein paar Telefonaten „zwischen engen Verbündeten über globale Fragen“, wie es das Weiße Haus betonte, **beharrte** erst Bundeskanzlerin Angela Merkel und wenig später auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy auf den Rettungseinsatz des IWF in der Eurozone, und der ... verlängerte Arm zur Wahrung amerikanischer Finanzinteressen ist nun an den europäischen Rettungspaketen – natürlich als im Rang bevorzugter Kreditgeber – maßgeblich beteiligt.

Nach dem ersten „US-Trojaner“, der seit 2006 sämtliche europäische **Kontobewegungen** (!) – auch die der Wirtschaft – „abgreift“, durfte sich nun mit dem IWF ein zweiter im Euro-Club installieren, der dessen Handlungen ... kontrollieren, mit US-Interessen abgleichen und dann in die gewünschte Richtung beeinflussen kann.

Während der IWF-Hirte seinen folgsamen „europäischen Schäfchen“ nun großzügig insgesamt 280 Mrd. Euro zur Vermeidung eines „griechischen Heldentodes“ zur Verfügung stellt, wird Europa gleichzeitig zum radikalen Sparen verdonnert. Griechenland und Spanien **müssen** sofort drakonisch sparen, Deutschland auch, aber **nicht so schnell**, während die USA, die lediglich binnen zweier Jahre ihren staatlichen Schuldenberg um über 4 Billionen USD erhöhten, dem IWF ... kein Statement wert sind!

	Europa (EU-16)	Europa (EU-27)	USA*
Staatsschulden (per 31.12.2009)	10,127 Billionen USD (7.062,625 Mrd. €)	12,461 Billionen USD (8.690,304 Mrd. €)	12,311 Billionen USD
BIP (per 31.12.2009)	12,873 Billionen USD (8.977,933 Mrd. €)	16,927 Billionen USD (11.804,734 Mrd. €)	14,462 Billionen USD
*Public debt + Intragovernmental Holdings = Total Public Debt Outstanding Quellen: Eurostat, treasurydirect, Flow of funds 4 Q. 2009, Wechselkurs am 31.12.09: EUR/USD 1,4339 (Mack & Weise)			

Dabei lohnt mehr als nur ein Blick Richtung USA. Während die Europäer durch Einsparungen von **404,1 Mrd. Euro** ihre Verschuldung „nur“ um 1,282 Billionen Euro

bis 2013 ansteigen lassen wollen, wird jenseits des Atlantiks im „yes, we can“-Stil ... Vollgas gegeben.

„Wir borgen uns Geld und dann, wenn die Zinszahlungen fällig sind, borgen wir uns Geld, um die Zinsen zahlen zu können ... Das ist ein gigantisches Schneeball-System.“ („We borrow money and then when the interest payments are due we borrow money to pay the interest ... It is one gigantic Ponzi scheme.“ Peter Schiff, US-Ökonom und Politiker, 30.03.2010 in >Market Oracle<)

Ohne dass der Knall die auf dem angelsächsischen Auge blinden Ratingagenturen hätte wecken können, durchbrach am 01.06.2010 die staatliche Gesamtverschuldung der USA die 13-Billionen-USD-Schallmauer. Bis 2019 soll es – beim Versuch der US-Regierung den Urknall zu überholen – nach „Plan“ sogar noch mindestens 7 Billionen USD neue Schulden geben, so dass die vage Hoffnung bestehen bleibt, dass die ein oder andere Ratingagentur von ungläubigen Spekulanten wachgerüttelt werden könnte.

Mit dem von den USA eingeschlagenen Weg der Schuldenbeschleunigung lässt sich aber möglicherweise doch nicht so viel Zeit erkaufen wie geplant, denn die Realität jenseits der Wall Street ist in den USA jedenfalls eine bittere ... eine ganz bittere!

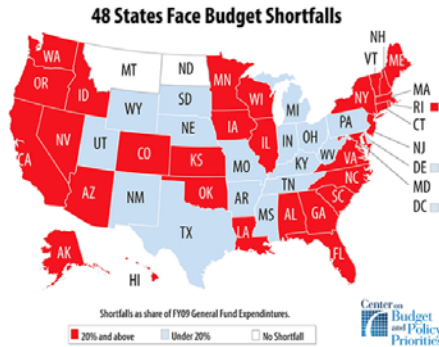
Während unter Barack Obama der Finanzsektor aus Ruinen auferstand, und der Rüstungssektor den höchsten Etat (692,03 Mrd. USD bzw. ~19% des Staatshaushaltes 2010) friedentiftend verballern darf, überleben 40,16 Mio. Amerikaner nur noch mit staatlicher Hilfe (Lebensmittelmarken). Wer so ums nackte Überleben kämpft, hat natürlich auch andere Sorgen, als pünktlich Kredite abzustottern. Ein Volumen von über 498 Mrd. USD befand sich per Ende 1. Quartal 2010 mit mehr als 30 Tagen im Zahlungsverzug – ohne Berücksichtigung der ebenso rückständigen Immobilienkredite, die sich ihrerseits auf knapp 238 Mrd. USD summieren!

Allein 333.837 im April „zwangsvollstreckte“ Ex-Haus Besitzer und etwa 2,5 Mio. Privathaushalte, die sich derzeit im Zwangsvollstreckungsprozess befinden, künden vom geplatzten „american dream“. Nicht steigen wollende Häuserpreise (-3,8% per Ende des 1. Quartals 2010) und aufgestaute Zahlungsrückstände lassen nach Berechnungen von Capital Economics keinen Silberstreif am „Zwangsvollstreckungs-Himmel“ erkennen, denn bis 2011 könnten weitere ~3 Mio. Amerikaner ihren Traum vom Haus ... platzen sehen.

Auch lassen äußerst fragwürdige Statistiktricks, z. B. bei der Ermittlung der dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehenden Erwerbsfähigen (Mai: 83,1 Mio. Erwachsene (!), +2,05 Mio. binnen eines Jahres) die Arbeitslosenquote seit Monaten bei 9,7% (14,97 Mio. Arbeitslose) medienwirksam als stabil erscheinen, während sich diese tatsächliche im Bereich von etwa 22% bewegt. Dementsprechend fiel der Anteil der Löhne und Gehälter am verfügbaren Einkommen zum Ende des 1. Quartals 2010 auf nur noch 41,9% (2000: 47,6%), während der Anteil staatlicher Sozialtransfers auf inzwischen 17,9% (2000: 12,1%) anstieg.

Doch „bad news“ sind „good news“ und so ermittelt das Conference Board im Mai den dritten Monat in Folge einen Anstieg beim Verbrauchervertrauen. Als Arbeitsloser hat man ja offensichtlich auch viel mehr Zeit, um in Ruhe shoppen zu gehen ... und zwar mit dem Geld, das man nicht hat!

Die Masse an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger überforderte inzwischen bereits **33** bundesstaatlich organisierte Sicherungssysteme, so dass jüngst auch Warren Buffet mit Blick auf die Defizite der US-Bundesstaaten vor einem „*schrecklichen Problem*“ warnte.



So „bezahlt“ Kalifornien, immerhin mit einem BIP von **1,84 Billionen USD** (2008) größte Einzel-Volkswirtschaft der USA oder achtgrößte der Welt, seit 2009 seine Angestellten oder Lieferanten nicht nur mit Dollars, sondern verstärkt mit Schuldscheinen (I.O.U.), was – aufgepasst liebe PIIGS – die Ratingagentur Moody´s kürzlich mit einer ... Heraufstufung der Kreditwürdigkeit des Landes von **Baa1 auf A1** belohnte!

Auch die noch ohne I.O.U. agierende fünftgrößte Volkswirtschaft der USA, der **hochverschuldete** Bundesstaat Illinois, gilt unter seinen Lieferanten inzwischen als so pleite, dass z.B. die Gefängnisbehörde des Staates Munition und sonstiges Material nur noch gegen Vorkasse geliefert bekommt. Selbst die Parlamentarier des Landes sehen sich wegen ausstehender Mieten für ihre Senats- oder Abgeordnetenbüros inzwischen mit Räumungsklagen konfrontiert, und dürften diese Lage als reale Katastrophe empfinden!

Selbige spielt sich auch außerhalb der Wall Street-Wahrnehmung bei den amerikanischen US-Regionalbanken ab. Bevorzugt an den Wochenenden stellen immer mehr dieser Institute – per 4.6.2010 waren es bereits **81** - ihre eigene Pleite fest. Kein Problem, denn im Land der unbegrenzten Möglichkeiten garantiert die US-Einlagenversicherung FDIC Guthaben von 5,462 Billionen USD (250.000 USD je Konto) seit 3 Quartalen mit ihrer ... eigenen Pleite: **-20,717 Mrd. USD!** Während aber die FDIC „nur“ 775 Problembanken zum 31.03.2010 entdecken konnte, glaubt hingegen Harvard Professorin Elizabeth Warren, „*dass bis zu 3.000 mittelgroße Banken [knapp 40% der US-Banken] aufgrund gefährlicher Konzentrationen von Gewerbeimmobilienkrediten ... in ihrer Existenz bedroht sind.*“

Zusammen mit den erwarteten Verlusten der systemrelevanten Groß- und Investmentbanken, die durch die US-Regierung verstaatlicht oder garantiert wurden, fällt die Gesamtrechnung für die Banken-Vollkasko-Versicherung, die in den nächsten Jahren fällig werden könnte, entsprechend desaströs aus: **23,7 Billionen USD!** Think big!

	Current Balance	Maximum Balance as of 6/30/2009	Total Potential Support Related to Crisis
Federal Reserve	\$1.4	\$3.1	\$6.8
FDIC	0.3	0.3	2.3
Treasury — TARP (including Federal Reserve, FDIC components)	0.6	0.6	3.0
Treasury — Non-TARP	0.3	0.3	4.4
Other: FHFA, NCUA, GNMA, FHA, VA	0.3	0.3	7.2
Total	\$3.0	\$4.7	\$23.7

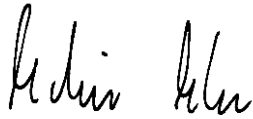
Notes: Numbers affected by rounding. Amounts may include overlapping agency liabilities, "implied" guarantees, and unfunded initiatives. Total Potential Support does not account for collateral pledged. See the "Methodology for Estimating Government Financial Exposure" discussion in this section for details on the methodology of this chart. Other agencies include: FHFA, National Credit Union Administration ("NCUA"), Government National Mortgage Association ("GNMA"), Federal Housing Administration ("FHA"), and U.S. Department of Veterans Affairs ("VA").

Source: See respective source notes in the agency-specific tables later in this section.

Fast, aber auch nur fast spielt es dann eigentlich schon keine Rolle mehr, dass aus den für 2009 von John Williams (Shadow Government Statistics) ermittelten impliziten ~62 Billionen USD Schulden – als Resultat der Finanzierungslücke in den sozialen Sicherungssystemen – bald zu großen Teilen explizite Schulden werden (müssen), weil die Generation der Baby-Boomer (~79 Mio.) jetzt anfängt, in Rente zu gehen.

Langsam realisiert US-Notenbank-Chef Ben Bernanke nun die Folgen seiner mit **Ehrungen** überhäuften Entscheidungen, glaubt er doch, dass „*die Vereinigten Staaten bald einer Staatsschuldenkrise ähnlich derjenigen in Griechenland ausgesetzt sein könnten.*“ Spätestens wenn er seine **Drohung** vom 25.02.2010 wahr macht und sich weigert, die weitere Staatsverschuldung zu finanzieren, werden auch die heutigen „Euro-Flüchtlinge“ bemerken, dass die USA in den letzten Jahren, wie es US-Nobelpreisträger **Paul Krugman** bereits 2008 formulierte, zu einer „*Bananen-Republik mit Atomwaffen*“ verkommen sind!

Hamburg, im Juni 2010



Dipl.-Kfm. Martin Mack



Dipl.-Kfm. Herwig Weise



Volker Schnabel

MAC K & WEISE

VERMÖGENSVERWALTUNG
COLONNADEN 96 • 20354 HAMBURG
TEL 040/ 35 51 850 • FAX 35 51 85 11
INFO@ MACK- WEISE. DE • WWW. MACK- WEISE. DE